Deutsche Allgemeine Zeitung

Norddeutsche Allgemeine Zeitung

Das Blatt erscheint täglich zweimal, Sonntags als Morgenausgabe. Der Bezugspreis ist vierteljährlich Mark 12.—, für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Bestellungen werden bei allen Postanstalten angenommen.

Berlin SW 48, Wilhelmstraße 32
Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 73 III
Fernsprecher:
Schriftleitung: Zentrum 614, 964, 965, 1580, 1582, 1583. Für Nachtgespräche 1580
Geschäftsstelle: Büro: 1002, 3248, 3394.

Preis für die Anzeigenzeile Mk. 1,— zuzügl. 20% Teuerungszuschlag; für die Reklamezeile Mk. 4,— zuzügl. 20% Teuerungszuschlag. Familienanzeigen und Stellengesuche 80 Pfg. für die Zeile zuzügl. 20% Teuerungszuschlag.

Nummer 189. Sonnabend, 19. April 1919. Morgen-Ausgabe. 58. Jahrgang.

Schreckensherrschaft in Rosenheim.

Eigene Drahtmeldung.

D. Bamberg, 18. April.

Besorgniserregende Nachrichten, die bei der Regierung Hoffmann eingelaufen sind, haben die Regierung veranlaßt, ihren Widerstand gegen die Bildung eines Freikorps in Bamberg aufzugeben, und in einem Aufruf wendet sie sich heute an die Bevölkerung Bambergs zum Eintritt in dieses Freikorps. Es soll aus erlesenen Truppen gebildet werden und einen volkstümlichen Führer erhalten.

Den eingelaufenen Nachrichten zufolge herrscht in München der furchtbarste Terror. Eine ganze Anzahl Bürger, Arbeiter und Soldaten wurde bereits erschossen. Die Lebensmittel, welche die Regierung Hoffmann nach München leitete, um die Bevölkerung nicht um der Spartakisten willen Hunger leiden zu lassen, wurden von diesen beschlagnahmt und für die Rote Garde verwendet.

Auch in Rosenheim haben die Spartakisten Untaten verübt. Gewaltate, wie die Absetzung des mehrheitssozialistischen Bürgermeisters Gorpert, die Gefangennahme von Geiseln usw., hatten die Rosenheimer Bevölkerung aufs höchste erbittert. Veranlaßt durch das nicht zutreffende Gerücht, die Weiße Garde sei von München her im Anzug, verkündeten die Spartakisten das Standrecht, verboten das Betreten der Straßen durch die Einwohnerschaft und begannen, als diese die Anschläge abriß, sie mit Revolvern und Handgranaten nach Hause zu treiben. Einige unbewaffnete Männer schlugen mit Stöcken die Spartakisten in die Flucht und drängten sie in ihr Hauptquartier, ein Bräuhaus, zurück. Aus diesem Gebäude fielen plötzlich Schüsse, und vier Bürger und ein neunjähriger Knabe sanken schwer verletzt zu Boden. Da stürmte eine Anzahl Mutiger das nahegelegene mit Spartakisten besetzte Bezirkskommando, holte ein Maschinengewehr heraus und drang in das Bräuhaus ein. Die an Zahl weit überlegenen Spartakisten ergaben sich ohne weiteres. Damit schien Rosenheim wieder von den Spartakisten befreit, als gemeldet wurde, daß aus München ein Zug mit 500 Mann der Roten Garde im Anzuge sei. Der Plan, diesen Zug auf offener Strecke zum Halten zu bringen und die Spartakisten abzufangen, ist an der Unentschlossenheit der damit Beauftragten gescheitert. Diese verließen nämlich vorzeitig das Geleise, und so konnte der Zug in den Bahnhof Rosenheim einfahren. Der größte Teil der Bevölkerung verlor nun den Mut. Ein einziges Maschinengewehr, das in der Bahnhofstraße aufgestellt war, leistete Widerstand und streckte den Hauptführer der Roten Garde zu Boden. Der mutige Schütze wurde aber sofort an die Wand gestellt und von den Spartakisten erschossen. Alles was Waffen trug, wurde gefangen genommen und zehn als Geiseln verhaftete Bürger wurden erschossen. Die ganze Nacht hindurch wurden stürmisch die Glocken geläutet, und die Trompeten schmetterten durch die Stadt. Am Morgen versuchte ein Haufe Bauern aus Endorf und Wasserburg zu Hilfe zu eilen, wurde aber zurückgeschlagen. Alles, was die Kommunisten an Lebensmitteln auftreiben können, wird requiriert, das Vieh den Bauern aus den Ställen, Gold und Leinwand den Bürgern aus den Schränken geholt. Die Stadt Rosenheim **mußte 85 000 ℳ Kontribution** zahlen.

Die Neuordnung in Braunschweig.

Braunschweig, 18. April. In einer Verhandlung zwischen General Maercker und dem Aeltestenausschuß des Landtages wurde eine Einigung in der Kabinettsfrage erzielt, durch die die Spannung zwischen Braunschweig und dem Reiche beseitigt wird. Danach würde das Kabinett bestehen aus vier oder fünf Mehrheitssozialisten, zwei Unabhängigen und einem Demokraten. Dieses Kabinett wird bis 24. d. M. im Amte bleiben. An diesem Tage wird der Landtag zusammentreten und die Neubildung des Kabinetts vornehmen.

Braunschweig, 17. April. (Eigene Drahtmeldung.) Die zahlreichen spartakistischen Flüchtlinge, die aus allen Teilen Deutschlands sich hier zusammenfanden und seit Monaten aufhielten, und diese einheimischen Kommunisten sind geflüchtet oder halten sich noch verborgen. Der frühere Präsident und Spartakistenführer Merges wurde heute im Zentrum der Stadt Braunschweig in einer Wohnung durch Regierungstruppen aufgestöbert und festgenommen. Die früheren Volksbeauftragten und Landtagsabgeordneten Oerter und Eckhardt haben sich heute freiwillig in die Schutzhaft begeben, die über sie verhängt wurde. Der Vorsitzende des Landesarbeiterrats, Schüz, ist geflüchtet oder hält sich noch versteckt. Die Nachricht, daß Emil Eichhorn auf der Flucht zwischen Holzminden und Höxter mit seinem Flugzeug eine Notlandung vornehmen mußte und bei dieser Gelegenheit durch Regierungstruppen festgenommen wurde, ist heute noch nicht in der Stadt Braunschweig amtlich bestätigt und durch Extrablatt bekanntgegeben worden. Jedenfalls wollte Eichhorn bei den Bergarbeitern im Ruhrrevier einen Versteck aufsuchen, wo er die ganze vorige Woche verborgen hatte.

Da die Nacht ruhig verlaufen ist, ließ General Maercker heute eine erhebliche Milderung der Bestimmungen über den Belagerungszustand eintreten. Heute sind in der Stadt an der Spitze einer Regimentskapelle noch ein Artillerieregiment und weitere Fußtruppen eingezogen, denen von der Bevölkerung ebenfalls ein recht herzlicher Empfang bereitet wurde. In einem Aufruf wird zur Bildung von freiwilligen Regimentern aufgefordert, die noch dem Abrücken der Truppen in Stadt und Land Braunschweig die Ruhe und Ordnung aufrecht zu halten haben. Die Einwohnerschaft hat heute eine Spende für die hier weilenden Truppen eröffnet.

Ein Putschversuch in Offenbach.

—l. Frankfurt a. M., 18. April. (Eigene Drahtmeldung.) Nach einer öffentlichen Versammlung versuchten die Spartakisten im benachbarten Offenbach heute Karfreitag den Volkerat zu stürzen und gefangen zu setzen. Die schon vorher herangezogenen Truppen eröffneten das Feuer auf die Spartakisten. Es gab 13 Tote, ebensoviel Schwerverwundete und eine große Anzahl Leichtverwundeter, deren Zahl nicht festzustellen ist. Zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen. Der Spartakistenputsch ist mißlungen. Weitere Truppenverstärkungen sind abends in Offenbach eingetroffen.

Die Durchbrechung der Monroedoktrin.

Kein neues amerikanisch-französisches Bündnis.

Indirekter Dienst der „Deutschen Allg. Zeitung."

⊙ Paris, 18. April.

Der „Chicago Tribune" zufolge wird zwischen den Vereinigten Staaten und Frankreich kein neues Bündnis abgeschlossen werden, vielmehr die Völkerbundsverfassung eine Bestimmung enthalten, wonach jedes bewaffnete Vorgehen gegen ein Mitglied des Bundes als ein Angriff gegen alle anderen Mitglieder betrachtet wird. Wilson versicherte Clemenceau, daß Amerika Frankreich gegen jeden deutschen Angriff militärische Hilfe leisten, unverzüglich mobilmachen und sofort ein Expeditionsforps absenden werde. Lloyd George gab die gleiche Versicherung ab.

Wie das Blatt weiter erfährt, ist es wahrscheinlich, daß Amerika den Verwaltungsauftrag für Konstantinopel, Armenien und Zilizien annehmen wird, da England einem französischen Mandat über Konstantinopel und umgekehrt Frankreich einem englischen abgeneigt ist. Italien sprach einen Verzicht aus, und Griechenland, das wohl den Wunsch auf Uebernahme des Auftrags hatte, ist finanziell nicht in der Lage es auszuüben.

Die Einladungen nach Versailles.

R. Basel, 17. April. (Eigene Drahtmeldung.) Nach einer Havasnachricht soll die österreichische, die bulgarische und die türkische Friedensdelegation auf den 9. Mai nach Versailles berufen werden. Man nimmt an daß bis dahin der Vertragsentwurf unterzeichnet sein wird, der Deutschland vorgelegt werden soll.

Die Pariser Konferenz hat einen redaktionellen Ausschuß zur Festlegung des Wortlauts des Vorfriedensvertrags, der ungefähr 1000 Paragraphen enthalten soll, eingesetzt. Der Ausschuß besteht aus dem Franzosen Fromageot, dem Engländer Hurt, dem Amerikaner Scott und dem Italiener Ricci Busatti.

Die Vertretung der belgischen Ansprüche vor dem Viererrat.

Rotterdam, 18. April. Aus Paris wird gemeldet: Hymans hat gestern vor dem Rat der Vier die belgischen Forderungen dargelegt. Er betonte besonders die Notwendigkeit einer besseren Grenze für Belgien das gegen einzelne Ueberfälle Deutschlands gesichert sein müsse.

Hochspannung in Aegypten und der Türkei.

London, 17. April. (Reuter.) **Die Lage in Aegypten ist äußerlich ruhig, doch werden neue Unruhen befürchtet. Die 26. Division aus der Dardanellen ist daher als Verstärkung nach Aegypten unterwegs. In der Türkei ist die Lage sehr besorgniserregend. Im Innern herrscht große Unruhe, und man befürchtet, daß es in kurzem zu Metzeleien unter den Armeniern kommen wird. Die Engländer haben Transkaspien mit Ausnahme von Krasnowodsk geräumt.**

Verhaftung des Grafen Czernin.

Wien, 18. April. (Meldung des Wiener Korr.-Bureaus.) **Der frühere Minister des Aeußern Graf Ottokar Czernin ist vorgestern von den deutsch-österreichischen Grenzbehörden in Feldkirch verhaftet worden, als er den Versuch machte, ohne Paß die Schweizer Grenze zu überschreiten. Ueber die Vorgeschichte der Verhaftung wird gemeldet:**

Graf Czernin hatte sich vor einiger Zeit an die Wiener Polizeidirektion um Ausstellung eines Reisepasses in die Schweiz gewendet. Der Paß wurde ihm nach vorangegangener Rücksprache mit dem Staatsamte für Aeußeres im Hinblick auf die von ausgewanderten Aristokraten in der Schweiz betriebene gegen die deutsch-österreichische Republik gerichtete Propaganda verweigert. Graf Czernin wandte sich hierauf an den Staatskanzler mit der Bitte, ihm die Erlangung des Passes dennoch zu ermöglichen. Der Staatskanzler wies dieses Ansuchen ab. Graf Czernin gab nun vor, daß er sich auf eine seiner Besitzungen in Oberösterreich begeben wolle, und reiste mit dem Entente-Schnellzug von Wien ab. Statt den Zug in Oberösterreich zu verlassen, fuhr er jedoch bis Feldkirch durch, worauf dort die Verhaftung erfolgte.

Niederlage der Bolschewisten?

London, 17. April. Das Reuterische Bureau erfährt, daß die Truppen des Admirals Kolschak Sterlitamauk eingenommen, 1000 Gefangene gemacht und damit die Stellung der Bolschewisten bei Orenburg kritisch gestaltet haben, da die gesamte Armee der Bolschewisten abgeschnitten ist.

Englische Gewerkschaften gegen die Blockade.

Amsterdam, 18. April. Dem „Algemeen Handelsblad" wird aus London gemeldet, daß der „Dreibund" der Gewerkschaften beschlossen hat, beim Parlamentsausschuß des Gewerkschaftskongresses darauf zu dringen, daß in einer besonderen Sitzung die Aufhebung der Blockade gefordert wird.

Festhaltung der Sozialisten Platten und Axelrod.

St. Helsingfors, 18. April. (Eigene Drahtmeldung.) Die finnischen Behörden hielten den schweizerischen Sozialisten Fritz Platten und den russischen Menschewisten Paul Axelrod an, die aus Rußland kamen. Der schweizerische Konsul vermandte sich für ihre Freigabe, indem er beide Persönlichkeiten für ungefährlich bezeichnete. Der schweizerischen Regierung ist von der Anhaltung Mitteilung gemacht. Es verlautet, daß die Genannten als Geiseln festgehalten werden, da die Räteregierung ihren Verpflichtungen zur Auslieferung der in Rußland wohnhaften Finnländer nicht nachkommt.

Die Verhandlungen mit den Angestellten.

W. T. B. meldet: Die Einigungsverhandlungen im Angestelltenstreik nahmen gestern einen günstigen Verlauf. Soweit sich die Lage abends 9 Uhr beurteilen ließ, bestanden gute Aussichten, daß eine Einigung erzielt wird. (Weiteres siehe Seite 3.)

Die Wiener Unruhen.

(Eigene Drahtmeldung.)

Wien, 18. April.

Wien sieht natürlich vollkommen unter dem Eindruck der gestrigen Krawalle, die in der Presse allgemein verurteilt werden. Auch die „Arbeiterzeitung" veröffentlicht einen Aufruf an ihre Parteigenossen, in dem über die gestrigen Ereignisse u. a. gesagt wird:

Was soll durch Gewalttätigkeiten erreicht werden? Will die Arbeiterschaft das gegenwärtige Regierungssystem ändern, so bedarf es dazu nicht der Gewalt. Unsere Genossen in der Regierung werden ihr aufreibendes und sorgenvolles Amt keine Stunde länger behalten, als die Arbeiterschaft es will. In der Stunde, in der die Mehrheit Eurer von Euch selbst gewählten Vertrauensmänner bestimmt, daß unsere Genossen aus der Regierung scheiden sollen, werden sie das selbstverständlich tun. Was heute geschehen ist, ist alles sinnlos. Aber mehr als das, es ist zugleich höchst gefährlich. Klärt Eure Arbeitsbrüder und Arbeitsschwestern darüber auf, daß Gewalttätigkeit und Unruhen uns fremde Truppen ins Land bringen und dann alles, was wir errungen, in Gefahr bringen, alles, worauf wir hoffen, gefährden können.

Seitens der Regierung wird erklärt, bei Zusammenfassung aller gestrigen Ereignisse müßten diese als Zwischenfälle betrachtet werden. Sie werde sich zu keinen Ausnahmeschritten gegen politische Parteien bewegen lassen, aber mit rücksichtsloser Strenge gegen Plünderungen und öffentliche Gewalttätigkeit einschreiten. Die Regierung hat eine Erklärung der Verbandsvertretung veröffentlichen lassen, wonach diese Wien nur so lange mit Lebensmitteln versorgen will, als die Ruhe nicht dauernd gestört wird. Der Polizeipräsident erklärt: Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß es sich bei den gestrigen Kämpfen vor dem Parlament um eine Kundgebung politischen Charakters handelt. Es war ein Putschversuch der Kommunisten, der, wie wir genau wußten, seit geraumer Zeit vorbereitet war.

Die Zahl der Toten beläuft sich bis jetzt auf 5, vier Polizeibeamte und eine Frau, die der Verwundeten auf 58, darunter 34 Sicherheitswachleute, die auf ihrer Seite die meisten Schwerverletzten haben. Wenn die Wachleute nicht über die Köpfe der Demonstranten, sondern in die dichten Reihen hineingeschossen hätten, wie behauptet worden ist, so wäre die Zahl der Todesopfer und Verwundeten sicherlich weit höher gewesen. Die Veranstalter der gestrigen Tumulte haben noch nicht genug an dem Blut, das geflossen ist. Heute wurden in der Stadt Flugblätter verteilt, in denen aufgefordert wird, morgen wieder eine Kundgebung der Arbeitslosen und Invaliden vor dem Rathaus zu veranstalten. Heute herrschte vollständige Ruhe, was wohl auch zum Teil auf das schlechte Wetter zurückzuführen war.

Wien, 18. April. Zu Ausschreitungen, besonders gegen die Polizeimannschaft kam es im Laufe des gestrigen Abends noch in verschiedenen Stadtteilen. Eine Schar Arbeitsloser versuchte, in die Stiftskaserne einzudringen, um sich Waffen zu verschaffen, wurde aber zurückgewiesen. Heute früh versah die Volkswehr den Ordnungsdienst in und vor dem Gebäude und zerstreute sich ansammelnde Neugierige. Im Parlamentsgebäude sind politische Fenster auf der Herrenhausseite eingeschlagen, die Eingangstüren mehr oder minder beschädigt. Die Dienstwohnung des Hausingenieurs ist ausgebrannt. Die „Volkszeitung" meldet, daß gestern vormittag im Heeresamt eine Abordnung Arbeitsloser die Räumung des Gebäudes bis 3 Uhr nachmittags verlangte, da um 5 Uhr eine Regierung der Räterepublik ihren Einzug halten werde. Die Gesandten der Nationalstaaten, deren Kommissionen zum Teil im Heeresamt ihren Sitz haben, wandten sich aus diesem Anlaß an den italienischen General Segre.

Die gestern nachmittag vor dem Rathaus versammelten heimgekehrten Invaliden und die Arbeitslosen hatten Abordnungen zum Staatskanzler Renner entsandt. Namens der Arbeitslosen wurde dem Staatskanzler sofortige Arbeitsmöglichkeit und eine Unterstützung von mindestens 25 Kronen täglich, ein einmaliger Anschaffungsbeitrag von 1000 Kronen sowie eine Erhöhung der Brotration auf täglich 50 Dekagramm pro Kopf verlangt. Der Staatskanzler betonte, die Staatsregierung kenne keine größere Sorge, als Brot und Arbeit zu schaffen. Der eingesetzte Ausschuß für die Arbeitslosen befasse sich gegenwärtig damit, sämtliche irgendwie möglichen und denkbaren Pläne von Regierungsbauten sofort in Angriff zu nehmen. Durch Unterstützung könne die Arbeitslosenfrage nicht endgültig gelöst werden. Sie sei in erster Linie eine Kohlenfrage und die Regierung bemühe sich, selbst von Wetbanke Kohlen zu bekommen, obwohl sie sehr teuer seien. Weiter werde man Arbeitslose bestimmten Betrieben zuteilen, indem die Arbeit anders eingeteilt und die Arbeitszeit verkürzt werden solle. In der Gesetzgebung könne er keinen Beitrag angeben, er werde, soviel in seiner Kraft stehe, für die Armen tun.

Der Schuß auf ein italienisches Automobil.

Wien, 18. April. (Meldung des Wiener Korr.-Bureaus.) Während der gestrigen Kundgebungen vor dem Parlament fuhr ein italienisches Automobil vorbei, das durch ein wahrscheinlich verirrtes Geschoß getroffen wurde. Glücklicherweise wurde kein Insasse verletzt. Der Chef der italienischen militärischen Vertretung, General Segre, sandte zu dem Staatssekretär für Heerwesen einen Vertreter mit der Forderung, bis Freitag 4 Uhr nachmittags Genugtuung zu leisten. Die deutsch-österreichische Regierung entschuldigte sich noch gestern abend schriftlich wegen des Zwischenfalles. Segre antwortete, die italienische Vertretung sehe keinen Grund, weitere Konsequenzen zu ziehen, da die Angelegenheit keine Folgen gehabt hätte und die Ordnung inzwischen hergestellt sei.

Zur Rede Lloyd Georges.

Von gut unterrichteter Seite wird uns geschrieben:

Lloyd George hat seine letzte große Rede im Unterhause mit dem Zugeständnis begonnen, daß die ganze Welt ungeduldig auf den Frieden warte. Aber er hat das Geheimnis der Friedensbedingungen nicht gelüftet. Sein Ziel war offenbar nur, Klarheit darüber zu schaffen, daß das Parlament hinter ihm stehen werde, wenn er sich nach Paris zum Abschluß der Friedensbedingungen begibt. Sachlich beschränkte er sich auf einige allgemeine Gesichtspunkte. Seine lange Paraphrase von 16. brachte keine fabzaren Formulierungen. Sollte dies nicht geschehen, suchen die kriegsmüden Völker beim Vergleich der Reden aus beiden Lagern vor allem nach Uebereinstimmungen, nach gemeinsamen Zielen, die eine Plattform für die Beratungen schaffen können.

Graf Brockdorff-Rantzau hat seit seinem Antritt in seiner Kundgebung den Hinweis auf den Völkerbund unterlassen. Der Völkerbundsgedanke wird der wahre Sieger in diesem Ringen sein. Während noch über die Schützengräben weg die Kugeln flogen, suchten die gequälten Völker bereits in den Erinnerungen ihrer Geschichte nach den Keimen jener Idee, die Wilson aufs neue verkündete. Die Franzosen erinnerten sich des „Progrès de paix perpetuel" von St. Pierre, wir Deutsche nahmen Kants Entwurf „Zum ewigen Frieden" zur Hand. Auch die Engländer konnten in den Schriften Humes und in den Lehren der Quäker Ansätze zum Völkerbundsgedanken finden. Die ganze leidende Welt sprach hoffend vom wahren Bund aller Völker. Aber was die Ententestaatsmänner als ihren Völkerbundsentwurf vorlegten, war nur ein Torso des Wilsonschen Gedankens oder vielmehr gerade sein Gegenteil: eine Liga zur Ausbeutung der besiegten Nationen.

Jetzt hat Lloyd George den Gedanken des Völkerbundes abermals aufgegriffen, und wir haben darauf nur die eine Antwort: Deutschland bekennt sich rückhaltlos zum Völkerbund, aber nur zu jenem Völkerbund, den Wilson vorgezeichnet hat, und zu dem sich die alliierten Regierungen — mit ganz auf die Freiheit der Meere und die Bilderherstellung des besetzten Gebietes bezüglichen Einschränkungen — im November 1918 vor Abschluß des Waffenstillstandes bindend verpflichtet haben. Die klar festgelegten Voraussetzungen, unter denen wir die Waffen niederlegten, dürfen nachträglich nicht vermischt werden. Wir wollen an den Beratungstisch treten mit dem eisernen Willen zu einem Frieden nach den Versöhnungsideen Wilsons. Aber wir fordern das auch von unseren Gegnern. Der Völkerbund darf nicht ein „tönendes Nichts" werden, wie vor 100 Jahren die „Heilige Allianz" genannt wurde. Um ein 70-Millionen-Volk darf nicht wie um eine Schwanenarmee geschachert werden. Sonst wird der Friedensschluß kein Heilmittel, sondern nur ein Palliativ.

Ein strenger Friede mag es sein, der da zustande kommen soll, aber streng muß er sein nicht nur für uns, sondern gewiß alle Völker, die in diesem entsetzlichen Krieg verstrickt gewesen sind. Sie alle werden sich sagen müssen, daß sie schwere Opfer zu bringen haben werden, wenn sie ernstlich gewillt sind, der Welt den wahren Frieden zurückzugewinnen, daß sie um dieses Gewinnes willen auf manches werden verzichten müssen, woran ihre Herzen hingen, daß sie in strenger Selbstzucht alles vermeiden müssen, was geeignet ist, dem unter Schlacken schwelenden Brande des Völkerhasses neue Nahrung zuzuführen. Für alle Völker werden die Verhandlungen um Friedensfragen zu einer strengen Prüfung ihres sittlichen Wertes werden, und wehe der Menschheit, wenn die Mehrzahl der Völker diese Prüfung nicht besteht!

Es frommt den Siegern nicht, und es frommt der gesamten Menschheit nicht, wenn dem Besiegten Geld und Gut abgepreßt, wenn ihm Land und Leute genommen, wenn er unfähig gemacht wird, sich wieder aufzurichten. Ein verelendetes Mitteleuropa wäre für die siegreiche Entente genau ebenso ein Fluch, wie für uns ein verwüstetes und zu dauerndem Siechtum verurteiltes Westeuropa ein Fluch wäre. Nur dann kann die Menschheit von ihren Leiden genesen, wenn die Glieder der großen Kulturfamilie sich zusammenfinden in dem ernsten Willen, zusammenzuarbeiten, einander zu fügen, einander zu nach ihren Gaben und Kräften zu fördern in dem Streben, die Wunden zu heilen, die der Krieg der Menschheit geschlagen hat. Ein anderes Heil gibt es für die Menschheit nicht. Dieser Erkenntnis scheint zu auch der englische Premier Ausdruck zu geben; wenigstens glauben wir, das aus den Sätzen seiner Rede entnehmen zu können, in denen er sagt, man habe in vielen Ländern die Grundlage der Gesellschaft in den Staub stürzen sehen, und es bestehe jetzt die Gefahr, daß die Welt in Trümmer gehe.

Die besten Bündnisse sind immer die gewesen, bei denen sich Völker in gemeinsamer Abwehr zusammenfanden. Den strategische Grundsatz, wonach die Verteidigung die stärkere Stellung gegenüber dem Angriff bildet, gilt auch für Bündnisse, und der Völkerbund, der die Bündnispolitik von Staatengruppen durch ein großes Menschheitsbündnis überwinden und ablösen soll, gewinnt an Festigkeit dadurch, daß er in seinen Anfängen eine große defensive Aufgabe erhält.

Wir wollen mit allen unseren Kräften ehrlich daran mitarbeiten, das allgemeine Chaos, das der Welt droht, zu verhüten. Dieses Chaos kann durch das Hungerdelirium gezeitigt werden. „Es besteht jetzt die Gefahr" — sagte Lloyd George — „daß die Welt in Stück geht, wenn das Gespenst des Hunger durch das Land schleicht."

Mit diesen letzten Worten des englischen Premierministers wird die von unseren Gegnern so oft wiederholte Behauptung widerlegt, in Deutschland würde der Zusammenhang zwischen Hunger und Anarchie in der bewußten Absicht übertrieben, für das deutsche Volk Vorteile herauszuschlagen. Nein. Hier handelt es sich nicht um ein von den Deutschen an die Wand gemaltes Gespenst, sondern um eine tatsächliche Gefahr für die ganze Welt, aus der nur die zielbewußte, gemeinsame Arbeit aller Nationen retten kann. Voraussetzung für diese gemeinsame Arbeit ist aber gegenseitiges Vertrauen und — das sei immer wieder betont — ein Friede, der keine Sünde gegen den heiligen Geist des Völkerbundes bedeutet. Nur von einem Frieden, der den 14 Wilson-Punkten entspricht, ist die Welt-Katharsis zu erhoffen, jener Abschnitt der Welttragödie, der die reinigende Entladung der die Gemüter bedrängenden Affekte endlich bringt.